

Viktor Krieger

Germanophobie im Russischen Reich und in der Sowjetunion

Fortsetzung von VadW 8-9/2006, S. 18–20

Zwischenkriegszeit

Die Februarrevolution 1917 ebnete den Weg zur Wiederherstellung der Rechte russischer Untertanen deutscher Herkunft. Das Gesetz über die Gleichheit der Nationen und Konfessionen vom 20. März 1917 hob alle bis dahin verordneten Beschränkungen auf. Die Mehrheit der Russlanddeutschen erwies der bürgerlichen Regierung überwiegend Anerkennung. Ganz anders war das Verhältnis zu den bald an die Macht gekommenen Bolschewiki. Aufgrund ihrer historisch bedingten wirtschaftlich-sozialen und geistig-religiösen Entwicklung waren die Nachkommen der einstigen Kolonisten als überwiegend ländliche und fast vollständig schriftkundige Bevölkerung mit einer breiten Schicht wohlhabender Bauern für sozialistische Utopien schwerlich zu gewinnen.

Immerhin führte die Gründung der Arbeitskommune (autonomes Gebiet) im Jahre 1918, die 1924 in die Autonome Republik der Wolgadeutschen (ASSRd-WD) aufgewertet wurde, zu einer spürbaren Reduzierung der antideutschen Resentiments in Sowjetrussland bzw. der Sowjetunion. Von dem hohen wirtschaftlichen und kulturellen Niveau der deutschen Siedler erhofften sich die neuen Machthaber einige wichtige Impulse für den Wiederaufbau des Landes. Die enge

Zusammenarbeit mit Deutschland nach dem Rapallo-Vertrag 1922 trug – ungeachtet der erst vor einigen Jahren zu Ende gegangenen blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen – zu einem positiven Bild des größten westeuropäischen Volkes bei.

Ab Anfang der 1930er Jahre vollzog sich in der sowjetischen Innenpolitik jedoch eine deutliche Wende hin zu konservativen, vorrevolutionären Werten und Mustern. Neben der umfassenden staatlichen Lenkung aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche machte sich die zunehmende Abkapselung vom Ausland bemerkbar, was u.a. zu dem Konzept der „feindlichen Nationalitäten“ führte: Ausländische Staaten könnten durch Diaspora-Nationalitäten schädliche Einflüsse ins Land bringen. Dem offenen und unterschweligen Vorwurf potentieller Schädlings- und Spionagetätigkeit waren in erster Linie ethnische Minderheiten wie Polen, Deutsche, Finnen, Esten, Letten, Koreaner usw. ausgesetzt; dies diente zur Rechtfertigung von Massenverhaftungen und „prophylaktischen“ Deportationen. Wie aus der Tab. 1 ersichtlich ist, fielen sie überproportional dem Massenterror zum Opfer. Aus einem NKWD-Bericht aus dem Jahre 1937 geht hervor, dass die Geheimpolizisten allein in den Monaten Juni bis August unter der deutschen Bevölkerung

des Gebiets Odessa 49 faschistische, diversions- und aufständische Organisationen mit ca. 800 Teilnehmern aufgedeckt haben sollten. Die „Agenten des reichsdeutschen Spionagedienstes“ beabsichtigten angeblich, in die antisowjetische Bewegung bis zu 60 bis 70% der erwachsenen Odessa-Deutschen einzubeziehen. Gemessen an der vier Jahre später durchgeführten Aktion, waren die damaligen Vorschläge zur „Behebung“ des Missstandes noch gemäßigt: es wäre notwendig, aus dem Gebiet bis zu 5.000 „konterrevolutionäre“ Familien auszusiedeln.

Seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und zunehmender Rivalisierung mit dem Dritten Reich bekamen die alten Klischees wieder Hochkonjunktur. Solche eindeutig ahistorischen Auftragswerke wie der Film „Alexander Newski“ (1938) wurden von seriösen sowjetischen Historikern wie Michail Tichomirow sogar im Vorfeld der Dreharbeiten mit Kritik bedacht. Die faktische Abwendung von der internationalistischen, klassenbezogenen Ideologie – trotz offizieller Lippenbekenntnisse dazu – rief immerhin vereinzelt Proteste hervor. So schrieb der führende Theaterkritiker und überzeugte Bolschewik-Idealist Wladimir Bljum (Blum) in seinem Brief an Stalin im Januar 1939 unumwunden über „den sozialistischen Patriotismus, der hier und da bereits Züge eines Rassennationalismus anzunehmen beginnt. Die Menschen unserer Generation wurden im Kampf für internationalistische Ideen erzogen – und wir können keine Feindschaft zu einzelnen Völkern oder Rassen empfinden.“ Aber diese Ansichten bestimmten längst nicht mehr die Politik der Kremlführung. Lange vor dem Krieg, im Klima der Klassenfeind-, Sabotage-, Schädlings- und Spionagehysterie, galten die Nachfahren der Kolonisten aufgrund ihrer sprachlich-kulturellen Verwandtschaft mit dem „kapitalistischen“ und danach „faschistischen“ Deutschland als zunehmend verdächtig. Zahlreiche Strafprozesse in der Wolgadeutschen Republik, in der Ukraine, in Sibirien, Leningrad oder Moskau gegen die „Agentur des Klassenfeindes“, „reaktionäre“ katholische und evangelische Geistliche oder „bürgerlich-nationalistische Gruppen“, gegen „Mitglieder der faschistischen antisowjetischen Organisationen“ bzw. „Gestapo-

**Tabelle 1. Vom 1. Januar 1936 bis zum 1. Juli 1938
in der UdSSR verhaftete
Personen, nach Nationalitäten gelistet**

Nationalität	Zahl der Verhafteten, absolut	Anteil an der Gesamtzahl der Verhafteten, in %	Anteil der Nationalität an der Gesamtbevölkerung der UdSSR, in %
Russen	657 799	43,6	58,4
Ukrainer	189 410	13,3	16,5
Polen	105 485	7,4	0,4
Deutsche	75 331	5,3	0,8
Weißrussen	58 702	4,1	3,1
Juden	30 542	2,1	1,8
Letten	21 392	1,5	0,1
Finnen	10 678	0,7	0,1
...
Insgesamt	1 420 711	100	100

GESCHICHTE DER VOLKSGRUPPE



Fritz: Eine für diese Zeit typische karikierte Darstellung der Deutschen der Künstlergruppe "Kukryniksy" (1942). Die Reime stammen von Samuil Marschak.

Agenten“, nicht selten zusammen mit deutschen oder österreichischen Emigranten, lieferten in den 1930er Jahren einen Vorgeschmack auf das, worauf sich die deutschstämmigen Sowjetbürger im Falle eines deutsch-sowjetischen Krieges einzustellen hatten.

Der Krieg mit Deutschland

Nach dem Angriff des Dritten Reichs auf die UdSSR glaubte die sowjetische Führung eine Zeitlang, die feindliche Seite mit klassenkämpferischen Parolen ideologisch beeinflussen zu können. Man griff vorerst auf die gängigen Propagandamuster aus der Bürgerkriegszeit zurück

und setzte große Erwartungen in Solidarisierungstendenzen der „einfachen Arbeiter und Bauern“ in Wehrmachtsuniform mit sowjetischen Soldaten. In ihren Ansprachen anlässlich des ausgebrochenen Krieges bemühten sich der amtierende Außenminister Molotow und Stalin um ein differenziertes Bild der deutschen Bevölkerung im Reich und ließen sich offensichtlich noch von der Hoffnung der proletarischen Solidarität leiten. Sichtbar geht dies aus der Rundfunkrede Molotows vom 22. Juni 1941 hervor: „Dieser Krieg ist uns nicht vom deutschen Volk, nicht von den deutschen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen aufgezwungen worden, deren Leiden wir sehr gut ver-

stehen, sondern von der Clique der blutrünstigen faschistischen Machthaber Deutschlands...“

In diesem noch gültigen internationalistischen Propagandaszenario sollten vor allem die Einwohner der Wolgadeutschen Republik eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Unzählige antifaschistische Versammlungen fanden in den ersten Kriegswochen in der ASSRdWD statt, an denen fast die ganze erwachsene deutsche Bevölkerung teilnahm. Dort wurden Aufrufe an Wehrmachtssoldaten verschiedener Waffengattungen, an Arbeiter, Bauern und andere „werkstätige“ Schichten im Lande des Aggressors verabschiedet. Diese Appelle gingen sofort an die Parteiführung nach Moskau, wurden in den sowjetischen Zeitungen abgedruckt und in Flugblättern und Radiosendungen propagandistisch gegen Deutschland eingesetzt. Eine direkte Ansprache „An das werktätige Volk Deutschlands“ hielt am 13. Juli 1941 der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Wolgarepublik, Alexander Heckmann:

„Die werktätigen Wolgadeutschen, vereint in der Autonomen Sowjetischen Sozialistischen Republik, die ein fester Bestandteil der Russischen Föderation ist, besitzen ihre eigene Staatsregierung auf der Basis der demokratischsten Verfassung der Welt. Nehmen Sie zum Beispiel mich. Als Weber und Sohn eines Arbeiters lebte ich unter dem Zarismus in ständiger Not. Unter der Sowjetmacht erhielt ich eine Ingenieurausbildung und stieg bis zum Staatsmann auf, zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Republik. Und solche Beispiele gibt es Hunderte und Tausende. Das Leben der Wolgadeutschen ist im Sowjetland frei, glücklich und wohlhabend. Das Leben des werktätigen Volkes in Deutschland unter der Herrschaft der faschistischen Clique ist ein einziger Alptraum, voller Leiden und Entbehrungen... Im Namen der Völker der Republik der Wolgadeutschen und im eigenen Namen wende ich mich an das Volk Deutschlands mit dem Aufruf: Wendet die Bajonette gegen die faschistischen Menschenfresser...“

Allerdings konnte eine derart schematische Agitation, die oft in solchen Beschimpfungen wie „Oberbandit Hitler“, „faschistische Mörderbande“, „Hitler, der schwarze blutige Drache“, „faschistische Menschenfresser“, „vom Blut wahnsinnig gewordene Hitlerbande“, „Mein Kampf, Bibel der Menschenfresser“ ausartete, die erhoffte Wirkung bei den Wehrmachtssoldaten bzw. im Deutschen Reich nicht erzielen.

*Fortsetzung
in der nächsten Ausgabe.*